Militärbudget und Bundesfinanzen

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **39 (1966)**

Heft 12

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-517805

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Militärbudget und Bundesfinanzen

Eine allzu einfache Lösung

Die Bundesfinanzen liegen im Argen. Hohe Defizite werden prognostiziert, die — wenn man die Dinge ihren Lauf nehmen lässt — sehr bald die Milliardengrenze überschreiten werden.

Die Ursachen dieses besorgniserregenden Sachverhaltes liegen auf der Hand: Derweil die Steuerlast in letzter Zeit nicht erhöht worden ist, ist der Aufgabenkreis des Bundes immer mehr erweitert worden. Der Ärger, dem man ob der Verschlechterung der Finanzlage vor Jahresfrist in den Räten mit Worten Luft gemacht hat, war denn auch insofern nicht ganz gerechtfertigt, als die gesteigerten Ausgaben zumeist auf Beschlüsse zurückgingen, die dasselbe Parlament gefasst hatte.

Die Frage, vor die wir uns angesichts der offensichtlichen Überforderung des Bundeshaushaltes gestellt sehen, lautet vereinfacht ausgedrückt dahin: Sind die dem Bund überbundenen Aufgaben vom Gemeinwohl her gesehen unerlässlich und unaufschiebbar oder ist ihre Erfüllung nicht dringlich? Im ersteren Fall wird es die finanziellen Mittel eben bereitzustellen gelten, die ihre Verwirklichung erheischt, während man diese im letzteren Fall eben auf später wird vertagen müssen. Die Bestrebungen, die auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung hinzielen, sind in diesem Zusammenhang gewiss von Belang. Doch kommt ihnen im Rahmen der Massnahmen, welche der Wiederherstellung des Gleichgewichts im Bundeshaushalt dienen, richtig besehen lediglich subsidiäre Bedeutung zu.

Wo sparen?

Das zu lösende politische Problem wird demnach darin bestehen, die Bereiche zu erkennen und zu bestimmen, in welchen eine Herabsetzung der staatlichen Leistungen erhebliche Einsparungen ermöglichen kann. Selbstverständlich wird diese Prüfung sowohl im Berner Halbrund als auch ausserhalb des Bundeshauses Anlass zu heftigen Diskussionen geben. Naturgemäss wird man zunächst dort Abstriche vorzunehmen suchen, wo nicht mit starkem Widerstand zu rechnen ist — also in Randgebieten und bei nicht allzu populären Posten.

Unter diesen Umständen sollte man, gewitzigt durch die letztjährigen Erfahrungen, nicht überrascht sein, wenn sich da und dort Stimmen erheben, die eine neuerliche Kürzung der Militärausgaben begehren. In der Tat: Kann man sich einen bequemeren Weg vorstellen? Einmal willigt man ganz allgemein nur in den seltensten Fällen mit Begeisterung in militärische Ausgaben ein. Man nimmt sie auf sich, wie man sich auch der Bezahlung einer Versicherungsprämie entledigt. Man hält es für ratsam, sich gegen Gefahren vorzusehen, die zwar wenig wahrscheinlich wirken, die aber trotz allem möglich bleiben. Scheint das Unheil vor der Tür zu stehen, wie 1936 oder 1950, als der Koreakrieg ausbrach, oder 1956, im Zeitpunkt der mit der Suezkrise zusammenfallenden ungarischen Revolution, so ist männiglich mit besonderen Anstrengungen und Opfern einverstanden. Schwindet aber die unmittelbare Bedrohung oder tritt sie in hinterhältiger oder ungewohnter Gestalt auf, oder erscheint sie gar wie heute gerade ihrer Furchtbarkeit wegen als unwahrscheinlich, so ist man, besonders wenn gleichzeitig andere wichtige Aufgaben ihrer Lösung harren, versucht, die Wehrausgaben zu beschneiden.

Einschläfernde Stabilität

Nun steht Europa gerade jetzt in einer vergleichsweise ruhigen Periode seiner Entwicklung. Es macht den Anschein, als hätte die Kubakrise eine Wende in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gebracht, nachdem der Kreml auf der Zuckerinsel seine Offensive angesichts der strategischen Überlegenheit der USA abzubrechen gezwungen gewesen war. Jedenfalls hat sich seither eine gewisse Annäherung zwischen den Grossen vollzogen. Für diese stehen der Abschluss des Moskauer Abkommens über das teilweise Verbot von Atomexplosionen, die Normalisierung der Lage in Berlin und der Verzicht der Russen darauf, das Engagement Amerikas in Südostasien auszunutzen und ihren Druck auf Westeuropa zu verstärken. Diese Entwicklung widerspiegelt die auf der obersten nuklearen Ebene eingetretene Stabilisierung, die zu einer gegenseitigen Lähmung der beiden Grossmächte geführt hat. Infolgedessen glauben die Experten nicht mehr an die Gefahr einer grossangelegten, von den Sowjets

vorsätzlich entfesselten Offensive gegen das freie Europa. «Zu befürchten ist heute vielmehr eine Verkettung von Umständen wie Grenzzwischenfälle oder Zwischenfälle in Berlin, Aufstände in Ostdeutschland oder in Polen, die eine nicht vorbedachte Krise nach sich ziehen könnte,» schreibt General Beaufre in seinem neuesten Buch «L'OTAN et l'Europe».

Die Hoffnung des Bundesrates

Unter diesen Umständen kann die Annahme vernunftgemäss scheinen wonach ernste Krisen, die eine moderne und schlagkräftige Landesverteidigung erheischen, in absehbarer Zukunft, bis etwa 1975, in Europa nicht zu erwarten seien. Dannzumal dürften sich die Spannungen als Folge des militärischen Erstarkens Chinas erheblich verschärfen.

Diese Aussicht auf Stabilität in Europa erklärt bis zu einem gewissen Grad die Haltung des Bundesrates, wie sie sich in seinem Bericht über die Landesverteidigungskonzeption vom 6. Juni äussert. Tatsächlich lässt das darin entworfene, wirklichkeitsnahe Bild der potentiellen Bedrohung ein gewisses Missverhältnis zwischen den allfälligen Risiken und unseren eigenen Vorkehren erkennen, die diese bannen oder vermindern sollen. Und da sich der Bundesrat ohne allzu grosse Bedenken damit abfindet, darf geschlossen werden, dass er in nächster Zeit nicht mit einer nennenswerten Zunahme der Gefahr rechnet.

Tragbare Wehrausgaben

Nun wäre es aber vollends verfehlt, daraus zu folgern, das Militärbudget könne ohne schlechtes Gewissen weiter gekürzt werden. Zunächst ist festzuhalten, dass die derzeitigen Wehrausgaben volkswirtschaftlich durchaus tragbar sind. Seit 1960 machten die Aufwendungen des EMD nie mehr als 2,7 % des Bruttosozialproduktes aus. Gemessen an den Gesamtausgaben des Bundes haben sie sich im Verlauf der letzten 5 Jahre stetig verringert. Der Anteil an den Gesamtausgaben beträgt 1966 knapp 30 %. Das entspricht unter Berücksichtigung der Ausgaben der Kantone einem Anteil an den gesamten Staatsausgaben von 18 % gegenüber 19 % in Schweden, 25 in Grossbritannien und 23 in Frankreich. Im Lichte einer sorgfältigen Analyse unserer Wehrausgaben stellt ein Zürcher Volkswirtschafter fest: «Die massgebendsten Indikatoren — der sinkende Ausgabenanteil am Budget, die relativ geringe Pro-Kopf-Belastung, der niedrige Anteil am Sozialprodukt sowie die günstige Relation zu den übrigen Ausgabengruppen — zeigen eindeutig, dass die bisher gewährten Proportionen weder den Staatshaushalt noch die Volkswirtschaft auch nur im geringsten aus dem Gleichgewicht gebracht haben.»

Angesichts der potentiellen Gefahren: ein Minimum

Militärisch gesehen entsprechen die derzeit verfügbaren Mittel dem notwendigen Minimum. Das geht unmissverständlich aus dem obgenannten bundesrätlichen Bericht hervor und klang auch in der September-Session des Parlamentes an: gewiss sind in der neuesten Zeit bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden. Allein, das militärische Potential der Grossmächte sowohl als auch ihrer Verbündeten ist ständig verbessert worden. So klaffen denn in unserer Rüstung nach wie vor Lücken. Hinzu gesellen sich die unausweichlichen Folgen der raschen Gangart der technischen Entwicklung, die im raschen Veralten von Waffen und Gerät und in steigenden Unterhaltskosten bestehen. Die rapide Zunahme der laufenden Kosten (um nahezu 100 % zwischen 1953 und 1966), die nicht zuletzt dem letzteren zuzuschreiben ist, hat eine immer ausgeprägtere Beschränkung des Teils des Militärbudgets zur Folge, der für die Beschaffung neuen Materials verwendet werden kann. So dürften es die dem EMD für die 5-Jahresperiode von 1965 bis 1969 zugebilligten 8,3 Milliarden ermöglichen, die Kampfkraft der Armee im wesentlichen auf ihrem heutigen Stand zu erhalten und ausserdem bestimmte, besonders dringende Verbesserungen vorzunehmen — ohne dass jedoch der in verschiedenen Bereichen unbefriedigenden Lage abgeholfen würde.

Schliesslich gilt es zu bedenken, dass die uns eigentümliche Milizorganisation die Fristen für die Einführung neuer Waffen und Geräte, zumal anspruchsvoller, erheblich verlängert. Anderseits rechnet man heute bei modernen Waffensystemen mit einem Zeitbedarf von rund 10 Jahren, die von der Projektierung bis zur Eingliederung der Waffen nach Abschluss von Entwicklung, Erprobung und Produktion verstreichen, was sich beispielsweise im Fall des Panzers 61 bewahr-

heitet hat. Daraus folgt aber, dass die heutigen Entscheidungen einen massgebenden Einfluss auf die Kampfkraft der Armee von 1975 ausüben. Wir präjudizieren heute viel, während es bei Ausbruch einer Krise kaum mehr möglich wäre, Versäumtes wettzumachen (siehe 1950 und 1956 und die unter dem Eindruck der damaligen Zuspitzung der Lage beschlossenen Programme, deren Verwirklichung Jahre beansprucht hat). Bis dahin wird jedoch die politische Konstellation voraussichtlich geändert haben und möglicherweise wird sie dannzumal Europa nicht so günstig sein wie gegenwärtig.

Daraus ergibt sich, dass eine Herabsetzung der Militärausgaben nicht nur unumgängliche Modernisierungsmassnahmen verhindern, sondern darüber hinaus selbst die Erhaltung des heutigen Potentials in Frage stellen könnte. Weitere Kürzungen wären mithin unverantwortlich.

Dominique Brunner

Oberkriegskommissariat

Sendungen per Expressgut von Schulen und Kursen

Am 1. Januar 1967 wird im Expressgutverkehr analog zum Güterverkehr der 5teilige Expressgut-Frachtbrief eingeführt. Die Schulen und Kurse können deshalb keine Expressgutsendungen mehr mit dem Gutschein für Militärtransporte (Form. 7.26) aufgeben. Für Gepäckgutsendungen ist jedoch der Gutschein für Militärtransporte weiterhin zu verwenden.

Da die Schulen und Kurse nur ausnahmsweise Expressgutsendungen abzufertigen haben, wird aus Spargründen davon abgesehen den Formularpaketen die neuen Expressgutfrachtbriefe beizulegen. Dringende Sendungen sind nach Ziff. 287 VR als Eilstückgut zu spedieren. Die Truppe hat für unbedingt notwendige Expressgutsendungen die Ziviltaxe zulasten der Dienstkasse zu bezahlen. Auf den Ausgabebelegen ist eine Begründung über die Notwendigkeit der Sendung anzubringen.

Oberkriegskommissariat

Der Oberkriegskommissär:
Oberstbrigadier Juilland

Militärische Beförderung

Gemäss Verfügung des Eidgenössischen Militärdepartements wurde befördert:

Versorgungstruppen

zum Hauptmann **Quartiermeister** Mit Brevetdatum vom 16. Oktober 1966

Keller Eugen, 8962 Bergdietikon

Die Zentral- und Sektionsvorstände des Schweizerischen Fourierverbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen, Redaktion und Druckerei des «Der Fourier» gratulieren!